Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 236. Sonntag den 10. Mai 1896. 90. Jahrgang.

Zum Friedensfest.

Heute vor fünfundzwanzig Jahren scholl es vom Maine her „Friede" durch die deutschen Lande, und heute schließt sich der Kreis der Erinnerungstage an die größte Zeit, die Deutschland in einer tausendjährigen Geschichte zu durchleben beschieden war. Am 10. Mai 1871 erhielt es in der alten Kaiserstadt Frankfurt verbrieft und besiegelt, was ihm seine Söhne durch ihre alles Preisens spottende Tapferkeit, Opferfreudigkeit und Ausdauer erworben. Zwar die Waffen hatten seit dem Uebertritt der französischen Ostarmee auf schweizerisches Gebiet geruht und am 26. Februar war zu Versailles ein vorläufiger Friedensvertrag zwischen Bismarck und den süddeutschen Ministern einerseits und dem wenige Tage vorher zum Chef der französischen Regierung ernannten Thiers und Jules Favre andererseits unterzeichnet worden. Aber die am 28. März in Brüssel eröffneten Verhandlungen über den endgiltigen Abschluß hatten Ende April noch kein Ergebniß gehabt, so daß Fürst Bismarck sich am 2. Mai in einer Reichstagsrede nicht völlig frei von der Besorgniß zeigte, die Feindseligkeiten könnten wieder aufgenommen werden. Thiers faßte diese Kundgebung des deutschen Bundeskanzlers als ernste Mahnung auf und entsandte Favre und den Finanzminister Pouyer-Quertier nach Frankfurt, wo Bismarck die Verhandlungen fortgesetzt zu sehen wünschte und wohin er sich selbst am 5. Mai begab. Von da ab ließen sich die Schwierigkeiten rasch beseitigen, und am 10. Mai Mittags 2 Uhr setzten Bismarck und Favre ihre Namen unter den endgiltigen Friedensvertrag. Und nun läuteten allüberall in deutschen Landen die Feierglocken, die so manchem herrlichen, aber blutig erkauften Sieg geklungen hatten, den jubelnd begrüßten Frieden ein. Nun erst war Deutschland gewiß, daß es um das Errungene nicht mehr zu kämpfen hatte, das noch halb entblößte Schwert konnte in die Scheide gestoßen werden, die Mütter, Gattinnen und Bräute durften sich des sicheren Besitzes der heimgekehrten Lieben freuen. Nicht heimgekehrte Zehntausende hatten die Abwehr des Feindes, die Einigung Deutschlands, die Wiedergewinnung der Schmerzenskinder der Nation, Elsaß und Lothringen, mit ihrem Leben bezahlt. Ihrer und Derer, die für ihre Tapferkeit Siechthum geerntet, sei heute vor Allen mit dem Dichter gedacht:

. . . wir gießen,
Euch zu grüßen,
Thränen auf den Festaltar.

Es war Friede geworden und der Jubel, der die Botschaften von Weißenburg, Wörth, Sedan und Straßburg begleitet hatte, erneuerte sich. Was dort von deutschem Heldenmuth kraft des Rechtes des Angegriffenen und Beraubten genommen worden war, war in Frankfurt anerkannter deutscher Besitz, die wunderbaren Errungenschaften des großen Krieges von französischen Machthabern bestätigt worden. Der Krieg war ausgebrochen, weil nach den Siegen und Erwerbungen vom Jahre 1866 das erstarkte Preußen nicht unfähig schien, der deutschen Zerrissenheit und Ohnmacht ein Ziel zu setzen. Und in dem preußisch gewordenen Frankfurt hatte Favre mit dem Kanzler des zum deutschen Kaiser gewordenen Königs von Preußen zu verhandeln.

Er kehrte, mehr noch besorgt um die Zukunft, als betrübt über die Vergangenheit, nach der Heimath zurück. Denn Niemand, auch uns nicht übelwollende Völker und Staatsmänner, konnten in jenen Tagen den Gedanken nicht fassen, das mit märchenhafter Raschheit zu einer ungeheuren Machtfülle gelangte Deutschland werde sich an Länderbesitz und Einfluß gesättigt zeigen. In der Schweiz, in den Niederlanden herrschte Furcht, und die Cabinette der Großstaaten verfolgten mit unruhiger Spannung die Bewegung des seiner Riesenkraft sich bewußt Gewordenen, dem gegenüber man nicht überall ein gutes Gewissen hatte. Kaiser Wilhelm und sein Kanzler, die deutsche Nation, so war die Meinung Europas, müßten die Wege Napoleons und Frankreichs gehen, denn niemals, seit es eine Geschichte gab, hatten dergestalt erfolgreiche Herrscher, Staatsmänner und Völker auf ihrem Siegeszuge Halt gemacht.

Sie irrten. In ihrer Rechnung waren außer Ansatz gelassen der hohe Rechtssinn Wilhelm's I., die Weisheit Bismarck's, die Eigenart des deutschen Volkes, das gleich seinen Herrschern höchste kriegerische Tüchtigkeit mit von Ruhmsucht und Ueberhebung freiem Geiste paart. Fünfundzwanzig Jahre sind vergangen, und nicht der kleinste Staat weiß über eine Bedrückung, eine Verletzung zu klagen, die dem Mißbrauch deutscher Gewalt zuzuschreiben gewesen wäre. Anstatt den Frieden zu bedrohen, ist das deutsche Reich der Boden geworden, in dem der Friedensgedanke seine stärksten Wurzeln schlagen konnte. Raum und Licht und Luft zum nationalen Ausleben, Achtung vor deutscher Ehre, das hat die deutsche Kraft geschafft, nichts darüber, nichts darunter. Und so soll es bleiben in beiderlei Betracht. Keine Politik, die Machtausdehnung nur um der Macht willen anstrebt, keine Politik, die vor deutschen Interessen ein Titelchen opfert und zaghaft oder gar gleichgiltig ist, wenn das deutsche Ansehen angetastet wird. Wofür die Helden von 1870/71 gestorben sind, dafür wollen wir leben, im Geiste des verklärten Kaisers und des Großen und Theueren, der zu Deutschlands Glück und Freude die Feier der Erinnerung an die Schlußsteinlegung seines größten Werkes heute mit uns begeht.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 9. Mai. Man erinnert sich wohl noch, daß 1894 der Versuch gemacht wurde, eine Colonie im ostafrikanischen Kenia-Gebiete zu gründen, in welcher die socialen und wirthschaftlichen Illusionen des bekannten Professors Th. Herzka und der Freilandvereine verwirklicht werden sollten. Die Expedition ging mit großen Hoffnungen und Verheißungen von Hamburg aus nach Ostafrika. Bald aber kamen trübe Nachrichten, und endlich stand fest, daß das Unternehmen jämmerlich gescheitert war mit schwerem Verlust an Menschenleben und Geldmitteln. Es ist nun interessant und lehrreich, welche Ursachen Herzka selbst in der neuesten Auflage seines socialen Zukunftsbildes für das Scheitern des Versuches verantwortlich macht. Ein „folgenschweres Mißgeschick" war es schon, daß die deutsche Ostafrikalinie den kleinen Flußdampfer der Expedition auf dem „Reichstag" nicht mit verladen konnte. Als dann der Flußdampfer endlich am Eingang des Tana angekommen war, konnte man wegen der herrschenden Winde nicht in den Fluß einlaufen. Die dadurch herbeigeführte Verzögerung erwies sich als deprimirend für den Geist und die Disciplin der kleinen Freilandtruppe. Mißhelligkeiten traten in derselben hervor. „Zwistigkeiten der Genossen und mißgünstiges Verhalten der englischen Behörden" veranlaßten dann die Auflösung der Truppe. Aus diesem Bericht erkennt man, daß es leichter ist, goldene Zustände einer idealen wirthschaftlichen Verfassung zu schildern, als zur Ausführung zu bringen. Zufällige Schwierigkeiten und „Zwistigkeiten der Genossen" sind nach Herzka vornehmlich die Ursachen des unglücklichen Ausganges gewesen. Dabei waren alle Theilnehmer Freiwillige und begeisterte Anhänger der Freiland-Ideen. Man wird es deshalb verständlich finden, daß Herzka selbst jetzt „vor isolirtem Vorgehen, vor kleinlichen Unternehmungen" warnt und wünscht, daß man zuerst die propagandistische Thätigkeit entfalte. „Wenn die bisherigen Tausende unserer Gesinnungsgenossen zu ebenso viel Hunderttausenden geworden sein werden, dann halte ich die Zeit für gekommen, eine zweite Freiland-Expedition ins Werk zu setzen." Das werden wir wohl nicht erleben.

* **Berlin**, 9. Mai. Wir haben vor Kurzem eine Erklärung des Herrn Pastors Witte erwähnt, in der dieser das Erscheinen einer Schrift in Aussicht stellte, um die Umstände zu beleuchten, unter denen im Sommer 1878 Hofprediger a. D. Stöcker den vielfach genannten Brief an den Schneider Grüneberg geschrieben hat. Diese Schrift liegt nun vor. (Carl Witte: „Schneider Grüneberg und Hofprediger Stöcker oder der gefälschte Brief". Berlin, F. Fontane & Co.) Sie giebt ein Bild von dem ganzen Falle, besonders auch von den Vorkommnissen im Proceß Bäcker-Stöcker, in dem der Vorsitzende des Gerichts ausdrücklich betonte, daß Stöcker mit den Thatsachen in Widerspruch sich befand. Der Verfasser weist dann nach, daß nur formelle Gründe es gewesen seien, die eine Untersuchung der Angelegenheit Stöcker-Grüneberg durch den Evangelischen Oberkirchenrath verhinderten, wodurch ihm (dem Pastor Witte) „eine tiefe Wunde geschlagen sei". Dann fährt er fort:

„Aber wenn ich auch mich zu der Aeußerung berechtigt halte, daß die geistlichen Behörden eher hart als wohlwollend gegen mich verfahren sind, so muß ich doch anerkennen, daß es ihnen niemals beigefallen ist, in der Angelegenheit des Stöcker'schen Briefes an Grüneberg meine bona fides anzuzweifeln. Dies blieb Herrn Stöcker vorbehalten. Er scheut sich nicht, mir die Beschuldigung ins Gesicht zu schleudern, ich hätte einen Brief, den ich als unechten erkannt hätte, trotzdem gegen ihn öffentlich und den Behörden gegenüber verwerthet, und ich hätte, um diesem angeblich gefälschten Briefe das Aussehen eines echten zu geben, Correcturen darin vorgenommen. Dieser Angriff schneidet mir geradezu meine Ehre ab, und der „Reichsbote" hat Recht, wenn er sagt, daß kein Ausdruck hart genug sein würde, um mein Verhalten zu kennzeichnen, falls der Stöcker'sche Vorwurf gegen mich begründet wäre. Und während Stöcker so die gefährlichsten Verdächtigungen gegen mich ausspricht, tritt er andererseits von christlicher Sanftmuth und Milde und spricht von meiner „elenden Lage", von „dem unglücklichen Pastor Witte", diesem „bemitleidenswerthen Mann". Ich habe ihm im gerichtlichen Sühnetermin (am 23. April) vor dem Schiedsmann bereits erklärt, daß sein „Bedauern" für mich werthlos sei. Wie hätte ich an die Echtheit seines „Bedauerns" glauben können! Dieser Mann hatte es nicht unter seiner Würde gehalten, in öffentlicher Volksversammlung einem unbequemen Gegner zuzurufen: „Ich wünsche dem Schreiber, daß er nicht auch in Cholera-Lazarethwahnsinn verfällt wie mein früherer College, der Pastor Witte." Wenn er damals mich wirklich für geisteskrank hielt, so war es eine sittliche Roheit, ein solches Unglück höhnisch und schadenfroh in dem Bierdunst der Volksversammlung auszubeuten. Und sein Auftreten vom 4. März im Hause der Abgeordneten ist noch in frischer Erinnerung. Sieben Jahre hatte Stöcker gerade zu der Sache seines Briefes an Grüneberg geschwiegen. Jetzt, wo er glaubt, daß ich unter dem Pferde liege, rührt er die Sache wieder auf, von seiner Leidenschaft verblendet. Er wollte mich vernichten und gleichzeitig sich selbst in dieser Sache rein waschen. Wie es scheint, hat er dabei nicht vorausgesetzt, daß ich in der Lage wäre, an der Hand meiner Acten aller Welt die völlige Grundlosigkeit der gegen mich ausgestoßenen Beschimpfung nachzuweisen und damit zugleich seinen eigenen Charakter in die rechte Beleuchtung zu setzen. Die kommende gerichtliche Verhandlung wird, wie ich hoffe, seinen Irrungen und Wirrungen ein Ende bereiten. Das deutsche Volk weiß aber heute schon, was es von Stöcker's Wahrheitsliebe und brüderlicher Gesinnung zu halten hat. Das öffentliche Gewissen wird ihn richten."

Die Schrift führt aus, daß die Behauptung, der Grüneberg'sche Brief sei gefälscht, völlig haltlos sei. Wenn der Brief aber echt wäre, so würde damit bewiesen sein, daß Hofprediger Stöcker im Jahre 1878 den Schneider Grüneberg beauftragt hätte, den Pfarrer Witte in einer Volksversammlung ehrenrührig anzugreifen, und daß seine eidliche Aussage im Proceß Bäcker-Stöcker, welche dies in Abrede stellte, der Wahrheit nicht entsprochen hätte.

T. **Berlin**, 9. Mai. (Telegramm.) Der **Kaiser** und die **Kaiserin** sind heute Morgen um 8 Uhr 15 Min. vom Anhalter Bahnhofe nach Dresden abgereist und werden heute Abend um 8 Uhr 20 Min. die Reise von dort nach Frankfurt a/M. fortsetzen. Im Gefolge des Kaisers befinden sich die Chefs des Militair- und des Civil-Cabinets v. Hahnke und v. Lucanus, der Ober-Hof- und Haus-Marschall Graf A. zu Eulenburg, der Commandant des kaiserlichen Hauptquartiers Generallieutenant v. Plessen, Generalarzt Professor Dr. Leutholb, die Flügeladjutanten Oberst v. Scholl und Major Graf v. Moltke; die Kaiserin, die von Frankfurt aus morgen Abend die Rückreise nach dem Neuen Palais antritt, ist auf der Reise begleitet von der Oberhofmeisterin Gräfin v. Brockdorff, der Hofdame Fräulein v. Gersdorff, dem Oberhofmeister Freiherrn v. Mirbach und dem dienstthuenden Kammerherrn Grafen v. Keller.

⊙ **Berlin**, 9. Mai. (Telegramm.) Der „Post" zufolge antet das Telegramm des **Kaisers**, welches Freiherr v. Stumm am 12. April d. J. in seiner Rede zu Neunkirchen erwähnte und über das in der Presse unzutreffende Vermuthungen verbreitet worden sind, wörtlich: „Stöcker endigte, wie Ich vor Jahren voraussagte. Politische Pastoren sind ein „Unding". Wer Christ ist, ist auch „social"; christlich-social ist Unsinn und führt zu Selbstüberhebung und Unduldsamkeit, beides dem Christenthum schnurstracks zuwiderlaufend. Herren Pastoren sollen um Seelen ihrer Gemeinde kümmern, Nächstenliebe pflegen, aber Politik aus Spiele lassen, dieweil sie das gar nichts angeht."

B. **Berlin**, 9. Mai. (Telegramm.) Nach einer telegraphischen Meldung aus Hamburg wird dem „Hamb. Corr." versichert, die Erzählung des „Hann. Cour.", der **Reichskanzler** sei amtsmüde, habe aber dem Kaiser versprochen, bis zum Schlusse der parlamentarischen Session auszuhalten, sei vom Anfang bis zum Ende erfunden.

⋍ **Berlin**, 9. Mai. (Telegramm.) Wie die „Nordd. Allgem. Ztg." mittheilt, haben der Kriegsminister und der Minister des Innern neuerdings auf die im Jahre 1888 eingeführte Vorschrift hingewiesen, daß der Bewerber um den **Einjährig-Freiwilligen-Dienst** einer obrigkeitlichen Bescheinigung darüber bedarf, daß er während des activen Dienstes sich selbst zu bekleiden u. s. w. vermag. Die von dritten Personen übernommene Unterhaltspflicht muß durch einen notariellen oder gerichtlichen Act gewährleistet werden, gleichgiltig, ob in dem betreffenden Rechtsgebiete Schenkungen an bestimmte Formen gebunden sind oder nicht.

B. **Berlin**, 9. Mai. (Telegramm.) An der diesjährigen **Maifeier** haben, einem vom Secretair der Berliner Gewerkschaften erstatteten Berichte zufolge, 32 411 Personen theilgenommen. Nach Abzug von über 5000 Streikern stellt sich die Zahl der durch Arbeitsruhe demonstrirenden Besucher der Vormittagsversammlungen auf etwa 27 000 gegen 19 000 im Vorjahre. Inwieweit die einzelnen Gewerkschaften ihren Beschlüssen, am 1. Mai zu feiern, nachgekommen sind, ließ sich aus dem Berichte nicht entnehmen. Arbeiteremtlassungen in Folge der Maifeier haben vereinzelt in der Holzindustrie, sowie in den Bauberufen, in größerem Maßstabe in der Metallindustrie stattgefunden.

△ **Berlin**, 9. Mai. (Telegramm.) Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Berathung des Antrages Wallbrecht, die **Bauhandwerker** betreffend, hat den Entwurf in zweiter Lesung einstimmig angenommen, nachdem die Commission vorher dem Antrag Willisen zugestimmt hatte, welcher besagt, daß zu Mitgliedern des Bauschöffenamtes an denjenigen Orten, in welchen Innungen bestehen, Bauinnungsmeister zu nehmen sind.

— In einer Polemik gegen den „Reichsboten" schreibt die „Nat.-Ztg.": „Auf unsere Frage, ob der „Reichsbote" sich der Stellungnahme des Kaisers zu dem Zedlitz'schen Schulgesetzentwurfe nicht entsinne, erwidert er mit allerlei unverbürgten Anekdoten, aus denen sich ergeben soll, daß der Entwurf „lediglich wegen der zu weitgehenden Bestimmungen über den Einfluß der Bischöfe zurückgezogen worden sei." Wir glauben über die damaligen Vorgänge zuverlässiger unterrichtet zu sein und halten danach für sicher, daß der Entwurf niemals vorgelegt worden wäre, wenn im Staatsministerium die Tragweite desselben mit voller Bestimmtheit festgestellt und der Kaiser darüber rechtzeitig informirt worden wäre. Wenn der „Reichsbote" versichert, daß „der König nicht daran denkt, die christliche Volksschule abzuschaffen und dieselbe nach dem liberalen Programm der religionslosen Staatsschulen umzugestalten", so sind das völlig gegenstandslose Redewendungen: es giebt kein derartiges „liberales Programm", und außerdem ist nicht von der Durchführung irgend eines liberalen, sondern von der des conservativ-klerikalen Programms für die Schulgesetzgebung die Rede. Im Uebrigen: mögen die Freunde des „Reichsboten" ihren Entwurf nur einbringen; die Bevölkerung wird dadurch in sehr nützlicher Weise daran erinnert werden, daß es noch andere Gegensätze im öffentlichen Leben giebt, als die der Erwerbsinteressen."

— Nach einer Petersburger Drahtmeldung der „Köln. Ztg." sprach sich der Vicekönig Li-Hung-Tschang bei einem Besuch, den er dem deutschen Botschafter Radolin machte, ungemein freundlich über Deutschland aus. Er betonte seine hohe Ehrfurcht und Bewunderung für Kaiser Wilhelm und den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe und erkundigte sich weiter nach dem Befinden des Fürsten Bismarck, dem er bekanntlich nach seinen Besuchen in Berlin seine Aufwartung machen will.

— Die Meldung über eine von der preußischen Lehrerschaft geplante Kundgebung für den Minister Dr. Bosse beruht, wie der Berliner „Volksztg." von berufenster Seite mitgetheilt wird, auf einem Irrthum.

— Anknüpfend an die von der freiconservativen Fraction im Abgeordnetenhause gestellte Interpellation, was die Regierung hinsichtlich der Lehrerbesoldung zu thun gedenke, erklärt die „Conf. Corr.": „Bei voller Anerkennung der Berechtigung des Herrenhauses, so zu beschließen, wie es geschehen ist, wird in einem solchen Falle die conservative Fraction des Abgeordnetenhauses nicht umhin können, auf ihrem bisher innegehaltenen Standpunct zu verharren."

* **Osnabrück**, 8. Mai. Das hiesige Welfenblatt hat bekanntlich den Nationalliberalen vorgeworfen, bei der Reichstagswahl einflußreiche Socialisten mit schweren Weinen tractirt und ihnen so Unterschriften abgeschmeichelt zu haben. Der socialdemokratische Reichstagscandidat Schrader veröffentlicht gegen diese Anschuldigung, die von der „Osnab. Ztg." schon zurückgewiesen wurde, eine Erklärung, in der es heißt:

„Ich, als Candidat der socialdemokratischen Partei im letzten Wahlkampfe, der ich im Wahlkreise groß geworden, seit meiner frühesten Jugend in den vordersten Reihen der Partei thätig, und die Parteiverhältnisse im ganzen Wahlkreise aufs Genauste kenne, alle Vorgänge bei der letzten Wahl peinlich beobachtet habe, erkläre hiermit, daß die obige Behauptung der „Osnabrücker Volkszeitung" eine niederträchtige Verleumdung ist, und fordere das Blatt auf, auch nur einen einzigen „einflußreichen Socialisten" zu nennen, der sich hätte von den Nationalliberalen durch Weintraciement bestimmen lassen, für deren Candidaten durch Unterschrift einzutreten."

* **Köln**, 8. Mai. Die rheinische Provinzial-Verwaltung zieht jetzt die Consequenzen aus dem Proceß Mellage. Sie trägt für eine gründliche Neuordnung der Irrenpflege Sorge. Während früher die Geisteskranken, für die die Rheinprovinz zu sorgen hatte, zu einem sehr großen Theile den Irrenanstalten der geistlichen Genossenschaften zugewiesen wurden, will die Provinzialverwaltung jetzt ihre eigenen Anstalten so erweitern, daß Ueberweisungen an Privatanstalten nach Möglichkeit vermieden werden. Zu diesem Zwecke werden folgende Neuerungen im rheinischen Irrenanstaltswesen vorbereitet:

1) Die Anstalten zu Grafenberg und Merzig werden um je 200 Plätze durch Erbauung von je 5 Villen erweitert; 2) an den Anstalten zu Bonn, Düren, Grafenberg werden die beiden ersten Verpflegungsclassen aufgehoben; der hierdurch gewonnene Raum wird zur Unterbringung weiterer Communalkranker und zur Einrichtung einer klinischen Abtheilung in Bonn verwendet; 3) zur Unterbringung irrer Verbrecher und verbrecherischer Irren wird bei einer der Anstalten eine Sonderabtheilung errichtet; 4) für Nervenkranke bestimmter Gattung tritt eine eigene Anstalt ins Leben.

* **Tarnowitz**, 8. Mai. Eine beachtenswerthe Verfügung hat, der „Oberschl. Volksstimme" zufolge, der Tarnowitzer Landrath v. Falkenhayn erlassen; sie lautet folgendermaßen: Es ist zur Kenntniß gelangt, daß in neuerer Zeit wiederholt Concipienten und andere schreibkundige Leute, ja sogar Beamte, sich für die Mitwirkung bei der Beschaffung von Unterlagen zur Erlangung der Invaliditäts- oder Altersrente von armen Personen verhältnißmäßig hohe Entschädigungen haben zahlen lassen. Um den Rentenanwärtern diese unnöthigen Kosten zu ersparen, ersuche ich die Herren Amtsvorsteher und die Ortsbehörden, gefälligst darauf hinzuwirken, daß in ihren Bureaus von Amtswegen in den betreffenden Fällen für die Beschaffung der fraglichen Unterlagen Sorge getragen wird.

* **Kreuznach**, 8. Mai. Laut der „Köln. Ztg." trifft die Kronprinzessin von Schweden mit ihren Söhnen Ende Mai zum Curgebrauch hier ein.

* **Mannheim**, 8. Mai. Hiesige Getreidehändler richteten, wie der „Nat.-Ztg." jetzt bekannt wird, vor einigen Monaten an den Börsenvorstand das Ersuchen um Aufhebung des Getreideterminhandels, weil er den hiesigen Getreidemarkt schädige. Der Börsenvorstand lehnte damals das Gesuch ab.

* **Karlsruhe**, 8. Mai. Die Zweite Kammer lehnte den Antrag Muser (Dem.) auf Aufhebung der Organistenpflicht der Volksschullehrer mit allen gegen sechs Stimmen ab.

* **Aus Württemberg**, 8. Mai. Endlich ist durch Anordnung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens eine langersehnte Sache erledigt worden, nämlich die Hausaufgaben an den höheren Lehranstalten. Nach dieser Verfügung dürfen, den „M. N. N." zufolge, die Hausaufgaben einschließlich des Memorirstoffes in den untern vier Classen höchstens zwei Stunden in Anspruch nehmen. In den Oberclassen sollen sie sich in einer Woche im Rahmen von 11—14 Stunden bewegen; für die Schüler in den höchsten Classen bleibt es bei den seitherigen Anordnungen, da eine weitere Herabsetzung gegen das zu erreichende Lernziel verstoßen würde. Ueberbürdung ist jedoch stets zu vermeiden. Strafarbeiten sind nicht mehr aufzugeben. Die sogenannte Präparation zu Hause darf erst mit dem fünften Schuljahre beginnen, sonst ist die Präparation in der Schule selbst vorzunehmen. Durch einen weiteren Erlaß wird von jetzt an die Stenographie als obligates Fach eingeführt.

* **München**, 8. Mai. Die oberbayerische Handels- und Gewerbekammer sprach sich einstimmig für den Achtuhrschluß der Ladengeschäfte aus. In dem Beschluß wird die Reform als eine Wohlthat für die Angestellten und für die Unternehmer bezeichnet und der Antrag des Vereins „Berliner Kaufleute und Industrieller", gegen die Vorschläge der Reichscommission für Arbeiterstatistik über den Achtuhr-Ladenschluß zu protestiren, entschieden zurückgewiesen.

* **München**, 9. Mai. (Telegramm.) Anläßlich der morgigen Friedensfeier fand heute in der Frauenkirche ein Trauergottesdienst zum Andenken an die im Kriege 1870/71 Gefallenen statt. Vor dem Hochaltar war ein hoher Katafalk errichtet, zu dessen Seiten Deputationen der Veteranen-Vereine mit den Fahnen Aufstellung genommen hatten. Dem Traueramt, welches der Erzbischof von Thoma celebrirte, wohnten der Prinzregent, sämmtliche in München weilenden Prinzen, die Minister, die Generalität, Mitglieder der beiden Kammern des Landtags, die Spitzen der städtischen Behörden und eine große Zahl von Veteranen bei. Andere Trauergottesdienste wurden in der protestantischen Kirche und der Synagoge abgehalten. Nachmittags findet im Rathhaussaale die feierliche Vertheilung der seitens der städtischen Behörde zur Erinnerung an die Friedensfeier gestifteten Fahnenbänder an die Veteranenvereine statt. Um 3½ Uhr wird auf dem Königsplatze die Friedensfeier der Münchener Schuljugend abgehalten, an welcher circa 20 000 Kinder theilnehmen.

Oesterreich-Ungarn.

* **Gmunden**, 8. Mai. Die schwere Erkrankung des Prinzen Georg Wilhelm, des ältesten Sohnes des Herzogs von Cumberland, befindet sich noch immer in dem Stadium, das zwar zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß giebt, immerhin aber noch einem Hoffnungsschimmer auf Erhaltung des Lebens des jungen Patienten Raum läßt. Von